Resolution der OFRA Olten

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **9 (1983)**

Heft 8

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-360011

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Olten

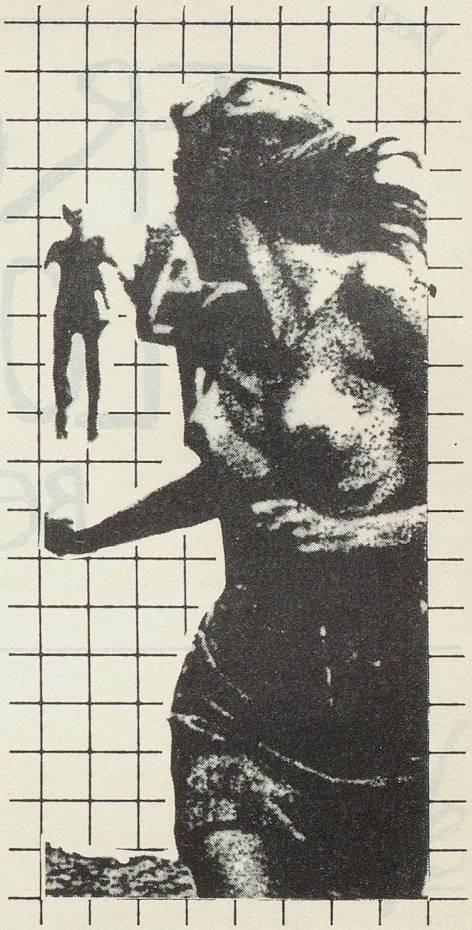
Resolution der OFRA Olten:

Verstärkt durch die Wirtschaftskrise stellen wir eine zunehmende Gewalt an Frauen fest, die sich physisch, wirtschaftlich, politisch und sozial ausdrückt: Sowohl die hohe Arbeitslosenrate von Frauen, der schlechte Mutterschutz, das bestehende Abtreibungsverbot, als auch Anpöbelungen und Vergewaltigungen bedeuten Gewalt an Frauen.
Durch die Krise nimmt der Druck auf die Frauen am Arbeitsplatz zu. Die sexuelle Belästigungen an Frauen verfielfachen sich. Aus Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, werden sie gezwungen, ihren Körper als Mittel einzusetzen, um nicht arbeitslos zu werden.
3'000 bis 6'000 Frauen werden jedes Jahr in der Schweiz vergewaltigt. Das ist eine Schätzung, denn "nur" 600 Vergewaltigungen werden jährlich von Frauen angezeigt. Vergewaltigt zu werden ist in breiten Kreisen mit der Vorstellung verknüpft, die Frau sei selber schuld. Immer noch herrscht die Meinung vor, dass die "Erregung" des Mannes entschuldbar sei.
Eine Vergewaltigung bedeutet aber ein schweres Vergehen gegen die körperliche und psychische Gesundheit der Frau. Die Frau erleidet ein Trauma, das manchmal unüberwindbar ist.
Anpöbelungen von Männern versetzen Frauen in Angst und Unsicherheit. Ein unsichtbares Gefängnis richtet sich um sie auf, aus dem es schwer ist auszubrechen: Welche Frau hat schon den Mut, am Abend alleine in ein Café zu gehen oder allein an einem Nachmittag einen Spaziergang zu unternehmen!
Aus diesen Gründen verurteilt die OFRA jegliche Gewalt an Frauen, unabhängig ihrer Lebensweise, ihrem Auftreten und ihrer Kleidung.
Wir fordern von den Behörden, vorbeugende Schritte zur Verhütung solcher Gewaltverbrechen zu unternehmen, wie zum Beispiel die Einführung von bezahlten Selbstverteidigungskursen, das Verbot von frauenfeindlicher Werbung auf Stadtgebiet, etc.
Die Gewerkschaften sollen sexistische Diskriminierungen an Arbeitnehmerinnen anprangern und die Frauen in ihren Forderungen unterstützen und sie verteidigen.
Die Erfahrung hat uns aber gelehrt, dass in erster Linie wir Frauen in der Lage sind, uns gegen Sexismus zu wehren: Indem wir ihn überall, wo er auftaucht, aufdecken und dagegen ankämpfen, sind wir die beste Garantie dafür, dass Sexismus nicht mehr ein Kavaliersdelikt der Männer bleibt.
Die OFRA, einzige autonome Frauenorganisation im Raume Olten, lädt deshalb alle Frauen ein, in ihren Reihen gegen Gewalt an Frauen aktiv zu werden.

Bis die Spatzen es vom Dache pfeiffen

Mit dieser Resolution beginnt für die OFRA-Olten **die Kampagne gegen Gewalt an Frauen.** Wir haben darin festgehalten, dass wir jede Diskriminierung an Frauen als Gewalt verstehen. Dies ist insofern von Bedeutung, als Gewalt nicht losgelöst von der Frauensituation am Arbeitsplatz, in der Familie, etc. betrachtet werden darf. Im Kanton Solothurn (Olten liegt trotz gängiger Meinung nicht im Aargau!), der als Krisenkanton gilt, spüren vor allem Arbeitnehmerinnen den vermehrten sexistischen Druck: Frau schweigt, wenn der Chef mal zu weit geht, denn die Angst um den Arbeitsplatz ist zu gross. Doch dies dringt nicht an die Öffentlichkeit, ebenso wenig wie Anpöbelung auf der Strasse und nicht angezeigte Vergewaltigungen.

Trotz eisernem Schweigen wollen wir körperliche Gewalt an Frauen an die Öffentlichkeit tragen und sie anprangern. Durch Gespräche mit betroffenen Frauen — wir haben bald gemerkt, dass wir das alle sind — hatten wir bald genug Gründe beisammen, um diese Gesellschaft anzuklagen.
Wir wollen mittels Strassenaktionen, parlamentarischen Vorstössen, Film und Medien versuchen, versteckte und offensichtliche Gewalt bloss zu legen. **Wir erhoffen uns davon, dass vielleicht die eine oder andere Frau den Mut bekommt, selber oder mit der OFRA zusammen, aufzustehen!**



Bern

Prostitution und Vermarktung

Das grosse Geschäft mit Frauen ist Thema einer Interpellation von Doris Schneider (POCH). Sie wehrt sich dagegen, dass die Polizei missmutig zusieht, wenn immer mehr sogenannte Salons eröffnet werden, in Kinos und Sexshops immer brutalere Szenen geboten werden. Aber die Polizei sieht dabei nicht nur untätig an, ein gewisser Herr Amherd von der Sicherheits- und Kriminalpolizei soll sogar die Meinung vertreten haben, Sexualverbrecher seien dank den Salons zurückgegangen. Dabei sagt er aber nicht, wie es zu erklären ist, dass Gewaltverbrechen gegenüber Frauen in der letzten Zeit enorm zugenommen haben. Eine andere Seite dieses Geschäftes ist die Häuserspekulation. In ganzen Quartieren werden Mietwohnungen aufgekauft und zu sogenannten Appartements und Salons umfunktioniert, was natürlich einiges mehr einbringt als gewöhnliche Wohnungen.
Gleichzeitig hat D. Schneider ein Postulat eingereicht, in dem sie fordert, dass die Stadt Bern zwei Sozialarbeiter/innen-Stellen schafft, die Gassenarbeit machen und eine Beratungsstelle aufbauen, wo Prostituierte, die aus ihrem Geschäft aussteigen wollen, beraten und unterstützt werden.